

ITALIEN

Wo bist Du, Silvio?



"Sozialarbeiter gegen die Prekarität": Demonstration in Rom am 4. November 2006. (Foto: Internet)

In der Auseinandersetzung um die Arbeitsmarktreform offenbart ein Teil der italienischen Linken sein Unvermögen zu radikaler Gesellschaftskritik.

Es gibt Sachen, die viel einfacher waren, als Silvio Berlusconi noch Premierminister war. Immer wenn seine Mitte-Rechts-Koalition dem Parlament einen Haushaltsentwurf zur Abstimmung vorlegte, gab es Gründe, um gegen seine Regierung zu demonstrieren. Kritisiert wurde von der Opposition im Parlament und von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen auf den Straßen die "neoliberale Substanz" dieser Gesetze; das bedeutete beispielsweise eine Steuerpolitik zur Begünstigung von Besserverdienenden, Sparmaßnahmen im Sozialwesen oder im Bildungsbereich, Finanzierung von Militärmissionen.

Die parlamentarische Debatte der vergangenen Wochen über den ersten "linken" Haushaltsentwurf nach fünf Jahren war dagegen nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. Während die Mitte-Rechts-Parteien die geplanten Steuererhöhungen bei Jahreseinkommen ab 75.000 Euro als "Enteignung der Mittelklasse" bezeichneten, kritisierte der radikalere Flügel der Koalition von Romano Prodi den Entwurf, weil er – genau wie unter der Regierung Berlusconi – massive Kürzungen der öffentlichen Ausgaben vorsieht und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse nicht "radikal genug" bekämpfe. Aus denselben Gründen kam auch von den Basisgewerkschaften und sozialen Bewegungen heftige Kritik.

Als einige globalisierungskritische Gruppen und das neu gegründete Netzwerk "Stop Prekarisierung jetzt!" zu einer Demonstration gegen prekäre Arbeit in Rom aufriefen, gingen am 4. November ungefähr 200.000 Menschen auf die Straße. Zahlreiche Mitglieder der Regierungskoalition aus den Parteien, die sich traditionell gerne als "bewegungsnah" präsentieren, vor allem Grüne und Ex-Kommunisten, aber auch einige linksdemokratische Abgeordnete waren dabei.

Der größte italienische Gewerkschaftsbund CGIL, der im Jahr 2003 Millionen von Menschen gegen Berlusconi auf die Straße brachte, hielt sich dagegen mit Kritik zurück.

"Konstruktive Kritik" ...

Die Debatte, die sich nach der für italienische Verhältnisse relativ kleinen Demonstration entfaltete, kann möglicherweise etwas über die Zukunft der sozialen Kämpfe in Italien verraten. Selten gingen nach einer Demonstration die Meinungen so auseinander hinsichtlich einer eigentlich sehr einfachen Frage: Gegen was oder wen wurde protestiert? Das Problem dabei ist, dass diese Debatte hauptsächlich in der linken Presse geführt wurde, und diese besteht in Italien bekanntlich vor allem aus zwei Tageszeitungen: "il manifesto", die zwar in einem gewissen Spannungsverhältnis zu der Koalition von Prodi steht, jedoch zu selten Kritik wagt, und "Liberazione", die der Regierungspartei Rifondazione Comunista gehört.

In den beiden Zeitungen konnte man bereits vor der Demonstration lesen, dass sie "genau in dieser Form auch unter der Regierung Berlusconi hätte stattfinden können" (il manifesto) und dass sie, gerade aus diesem Grund, einen wichtigen Termin darstelle. Denn sie sei als eine "Chance" für die Mitte-Links-Regierung zu betrachten, als eine "positive Anregung". Der "konstruktive Sinn" der Demonstration habe darin bestanden, die Regierenden darauf hinzuweisen, dass eine Reform des Arbeitsmarktgesetzes dringend notwendig sei.

Deshalb sahen zahlreiche Mitglieder der Regierungskoalition in ihrer Teilnahme an der Demonstration keinen Widerspruch zu ihrer Beteiligung an der Regierung. Schließlich wurde gegen ein Gesetz demonstriert, das die anderen gemacht hatten.

Durch die so genannte Biagi-Reform – benannt nach dem 2003 von den Neuen Roten Brigaden ermordeten Arbeitsrechtler Marco Biagi – wurde der italienische Arbeitsmarkt mit der Einführung neuer Arbeitsverträge extrem flexibilisiert. Aktuelle Statistiken zufolge sind in Italien derzeit etwa 2,5 Millionen Menschen prekär beschäftigt. Das bedeutet beispielsweise, dass sie befristete, projektgebundene Arbeitsverträge haben. Das ist insbesondere im Bildungs- und Forschungsbereich der Fall. Eine weitere Folge der durch die Biagi-Reform eingeführten Flexibilisierung ist es, dass immer mehr Unternehmen nur noch "freie Mitarbeiter" ohne Arbeitsverträge beschäftigen.

... oder Preisgabe der Kritik?

Diejenigen, die der Meinung sind, dass die Biagi-Reform "nicht reformierbar" sei, sondern abgeschafft gehöre, boykottierten die Demonstration am 4. November. Das sind die Basisgewerkschaften und die radikaleren Flügel der globalisierungskritischen Bewegung, insbesondere das Netzwerk der Disobbedienti. Sie hatten zu einem "Generalstreik" aufgerufen, an dem sich am vergangenen Freitag vor allem Studenten, Forscher, Hochschullehrer und Universitätsmitarbeiter beteiligten. Obwohl sie alle gegen die vom Haushaltsgesetz vorgesehenen Kürzungen in Universitäten und Forschungseinrichtungen in Höhe von circa 200 Millionen Euro demonstrierten, wollte die CGIL die Straße nicht den "Regierungsgegnern" überlassen. Deshalb rief sie am selben Tag auch, gemeinsam mit den beiden anderen großen Gewerkschaften CISL und UIL, zu einem "Aktionstag im Bildungsbereich" auf. Insgesamt nahmen in ganz Italien ungefähr 300.000 Menschen an den Protesten teil.

Während der radikalere Teil der Demonstranten mit "französischen Verhältnissen" drohte und sich auf die Proteste der französischen Studenten und prekär Beschäftigten im Frühling bezog, betonten die "konstruktiven Kritiker" die Kontinuität der von Prodi geplanten Sparmaßnahmen im Bildungswesen und der im vergangenen Jahr von der Regierung Berlusconi verabschiedeten Hochschulreform. Durch die extreme Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse im Bildungswesen strebe die Reform eine Öffnung dieses Sektors gegenüber der Wirtschaft an.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass auch die anstehenden Proteste von Migrant*innen sich wieder hauptsächlich gegen Berlusconi und die unter seiner Regierung verabschiedeten Gesetze richten werden. Falls die Linie der "konstruktiven Kritik" sich durchsetzen sollte, wäre das Konfliktpotenzial künftiger sozialer Proteste gleich null. Von wegen französische Verhältnisse. Es war einiges einfacher unter Berlusconi. Nicht nur die Polit-Talk-Shows scheinen ihn zu vermissen.

Federica Matteoni

Mexiko: Ein letzter Brief

Am 28. Oktober 2006 wurde der US-amerikanische Journalist Brad Will während der Straßenkämpfe in Oaxaca-Stadt von Paramilitärs ermordet. Wir dokumentieren Auszüge aus seiner letzten E-mail an Indymedia New York.

Morgengrauen, 16. Oktober 2006

Gestern bin ich mit den guten Leuten von Oaxaca herumgelaufen, wirklich den ganzen Tag gelaufen. Nachmittags haben sie mir gezeigt, wo die Kugeln in die Mauer einschlugen. Die, die sie erreichen konnten, haben sie gezählt. [...]

Eine Kugel zählten sie nicht - sie war noch in seinem Kopf. Er war 41 Jahre alt. Alejandro Garcia Hernandez, jede Nacht an der Barrikade in der Nachbarschaft. In jener Nacht kam er raus, um seine Frau und seine Söhne zu treffen. Sie ließen einen Krankenwagen vorbeieilen. Ein Pick Up versuchte, ihm zu folgen. Als er ihnen sagte, dass sie nicht durchfahren können - und das konnten sie tatsächlich nicht - schossen diese Militärs in Zivil sich ihren Weg zurück frei.

Ein junger Mann, der nur Marco genannt werden wollte, war dabei, als die Schiesserei losging. Eine Kugel traf ihn in seine Schulter. Er war noch im Schock, als wir ihn trafen. 19 Jahre ist er alt. Er sagte, dass er jede Nacht an den Barrikaden war, sagte, dass er zurückgehen würde, sobald seine Wunde geschlossen sei, ganz sicher.

Ein paar Tage zuvor war da eine Delegation von Senatoren, die feststellen wollten, ob der Staat unregierbar sei: sie haben eine Kostprobe davon bekommen. Es ging der Aufruf herum, auch noch den Rest der Regierung lahm zu legen. Dutzende gingen los mit großen Stöcken und Taschen voller Sprühfarbe. Sie übernahmen drei Stadtbusse, sind die lokalen Regierungsgebäude angefahren und haben den Leuten dort mitgeteilt, dass die Gebäude geschlossen seien. "Danke für Eure freiwillige Kooperation, ihr seid leider gezwungen worden - deshalb werdet ihr wohl euer Gehalt bekommen." SCHUSS ... Als sie vom letzten Halt losfuhren, kamen drei Pistoleros raus und schossen. Zwei Busse waren schon weg. Zehn Minuten Kampf mit Steinen und Zwillen und Schreien – eine Schusswunde am Kopf, eine andere durchs Bein [...].

Was willst du zu dieser Bewegung sagen - zu dieser revolutionären Bewegung: Du weißt, dass sie sich aufbaut, wächst und Konturen bekommt - du kannst es spüren, sie versuchen direkte Demokratie zu erreichen. Im November wird die APPO (Volksversammlung der Völker Oaxacas) eine landesweite Volksversammlung durchführen, um landesweit eine ständige Versammlung zu installieren: AEPO. Bis jetzt haben elf von 33 Staaten Mexikos die Gründung von ständigen Volksversammlungen wie die APPO erklärt. Auf der anderen Seite, in den USA, auch ein paar.

[...] Was kommt als nächstes, keiner weiß es. Es ist wie ein Brennpunkt aus Licht: entweder es brennt oder es zeigt den Weg. Es ist klar: das ist mehr als ein Streik, mehr als der Rausschmiss eines Gouverneurs, mehr als nur eine Blockade, mehr als die Koalition einzelner Gruppen. Es ist eine echte Revolte der Menschen. Nach Jahrzehnten der Ausbeutung, Unterdrückung und Korruption durch die PRI haben sie die Nase voll. Sie nennen URO (Ulises Ruiz Ortiz; Gouverneur des Bundesstaates Oaxaca; Red.) den Tyrannen. Sie reden davon, diesen Autoritarismus zu zerstören. Du kannst das Flüstern des Lakandonischen Urwalds in den Strassen nicht verfehlen. An jeder Straßenecke wird gemeinsam die Entscheidung getroffen, sie zu halten. Du siehst es in ihren Gesichtern, Indigene, Frauen, Kinder, so mutig, nachts aufmerksam, stolz und resolut. [...]

Alles in Allem: Wir sind eine Armee von Träumern und deswegen sind wir unbesiegbar. Wie könnten wir nicht gewinnen mit dieser Utopie, die alles andere hinter sich lässt. Aber zumindest verdienen wir, nicht zu verlieren. Seien wir realistisch – tun wir das Unmögliche. Übersetzung: café antisistema, Frankfurt/Main

Federica Matteoni ist Redakteurin der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung Jungle World.